

Integrationsratswahlen 2025: Einzelne AfD-Ergebnisse nicht verallgemeinern

Pressemitteilung des Landesintegrationsrates NRW vom 25. September 2025

Integrationsräte vertreten die Interessen von Menschen mit internationaler Familiengeschichte in den Kommunen und stärken ihre Teilhabe an politischen Entscheidungen. Dass ausgerechnet in diesen Gremien rechte Kräfte wie die AfD Mandate errungen haben, ist ein Widerspruch, der viele irritiert. Besonders hervorgehoben wird derzeit in medialer Berichterstattung, dass sie in fünf von 114 Kommunen die meisten Stimmen erhalten hat. In fünf weiteren Städten sind sie als zweitstärkste Kraft in die Integrationsräte gewählt worden. Als Landesintegrationsrat nehmen wir diese Tatsachen ernst – gleichzeitig möchten wir die Ergebnisse in der Gesamtschau betrachten und sachlich einordnen.

„Die Fakten sind eindeutig: Von insgesamt 1.262 Sitzen in Nordrhein-Westfalen konnte die AfD lediglich 61 erringen – das entspricht 4,83 Prozent.¹ Festzuhalten ist jedoch, dass die AfD in der überwältigenden Mehrheit der Kommunen kaum Stimmen erhalten hat. Das zeigt: Die Integrationsräte in NRW bestehen fast ausschließlich aus demokratisch orientierten Kräften und die allermeisten Wählerinnen und Wähler haben Vielfalt und Zusammenhalt gestärkt“ erklärt Tayfun Keltek, Vorsitzender des Landesintegrationsrates NRW.

Warum ist es dennoch wichtig, über die AfD zu sprechen? Weil sie in einigen Kommunen mit gezielten Strategien punkten konnte. Sie hat Menschen direkt in ihren Landessprachen angesprochen, behauptet, ihre Interessen zu vertreten – obwohl ihre Politik sich ganz klar gegen Menschen mit internationaler Familiengeschichte richtet. „Hier ist dringend Aufklärungsarbeit gefragt, denn ihr eigentliches Ziel ist es, über Integrationsräte den Einfluss in kommunalen Stadträten auszubauen und so rechtsextreme Positionen in die gesellschaftliche Mitte zu tragen. Ihre Mitglieder handeln strukturell und systematisch gegen die Interessen des Landes und der Kommune, die sie eigentlich vertreten sollten. Anstatt Menschen mit internationaler Familiengeschichte politisch zu repräsentieren, wird die AfD in den Ausschüssen versuchen, die Arbeit zu stören und die Gremien für ihre Agenda der Spaltung und Ausgrenzung zu nutzen.“, führt Keltek fort.

Die Suche nach bestimmten „Herkunftsgruppen“, die die AfD gewählt haben könnten, ist irreführend. Entscheidend für politische Orientierung ist vielmehr die Zugehörigkeit zu bestimmten sozialen Milieus. Die AfD erreicht vor allem Menschen aus Milieus, die mit gesellschaftlichem Wandel überfordert sind oder mit Abstiegsängsten konfrontiert sind – unabhängig davon, ob sie eine internationale Familiengeschichte haben oder nicht. Viele

¹ Quelle: Auswertung aller veröffentlichten Wahlergebnisse

erkennen dabei nicht, dass auch sie selbst Ziel rechtsextremer Remigrationsphantasien sein können.

Hinzu kommt, dass sich viele vor allem über digitale Plattformen informieren. Deren Algorithmen schlagen immer wieder ähnliche Inhalte vor und schaffen so geschlossene Informationsräume, in denen sich Desinformation und einseitige Botschaften leicht verfestigen. Oft bleibt unbemerkt, dass man sich in solchen Kreisläufen verfängt und kaum noch mit anderen Perspektiven in Berührung kommt. „Die AfD nutzt diese Mechanismen gezielt: Sie verbreitet Falschmeldungen und manipulative Inhalte, stellt ihre Politik als sozial gerecht dar – obwohl gerade wirtschaftlich Schwächere durch ihr Programm massiv geschädigt würden“, hebt Keltek hervor.

Unsere Aufgabe als Landesintegrationsrat ist es daher, das Phänomen ernsthaft zu analysieren, aber nicht aufzubauschen. Rechtsextremen Haltungen darf keine Bühne geboten werden. Stattdessen wollen wir den Fokus auf das richten, was den Menschen in den Kommunen wirklich wichtig ist: Teilhabe, Bildungsgerechtigkeit, soziale Sicherheit und die Gestaltung einer vielfältigen Stadtgesellschaft, die die Potenziale der Menschen mit internationaler Familiengeschichte anerkennt, wertschätzt und systematisch fördert.

„Die Integrationsräte – künftige Ausschüsse für Chancengerechtigkeit und Integration – sind dafür die zentralen Orte. Sie sind Garanten für demokratische Mitbestimmung und Zusammenhalt. Unser Ansatz bleibt klar: weg von Defizitperspektiven, hin zu den Potenzialen. Menschen mit internationaler Familiengeschichte sind selbstverständlicher Teil unserer Städte und Gemeinden. Ihre Stimmen, Perspektiven und Erfahrungen gehören ins Zentrum kommunaler Politik“ so Tayfun Keltek abschließend.